

Linke Kommunalpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

von Frank Kuschel

Geht es nach der LINKEN in Nordrhein-Westfalen, wird es ab 2009 in den Gemeinden, Städten und Landkreisen mehr soziale Gerechtigkeit geben. Bei den Kommunalwahlen 2009 will die LINKE im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik ihren Einfluss in den Kommunen deutlich erhöhen. Neben der Personalfindung diskutieren die GenossInnen gegenwärtig die kommunalpolitischen Schwerpunktthemen für die nächsten Jahre. Hierzu fand Ende August 2008 in Hagen eine landesweite kommunalpolitische Konferenz statt. Die Thüringer Erfahrungen in der Kommunalpolitik waren dabei auch Thema. Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion, stellte Thüringer Erfahrungen aus den Bereichen der Kommunalfinanzierung und des kommunalen Wirtschaftsrechts zur Diskussion.

Kontroverse Diskussionen gab es zur Frage, was DIE LINKE unter linker Kommunalpolitik versteht. DIE LINKE darf sich keinesfalls nur auf die Arbeit in den kommunalen Vertretungen konzentrieren. Selbst wenn hier fleißig gearbeitet wird, können allein dadurch kaum wirksame Veränderungen erzielt werden. Notwendig ist die Verankerung der LINKEN in sozialen Bewegungen. Opposition gegen Landes- und Bundespolitik – Alternative Lösungsansätze zur Diskussion stellen – konkrete Hilfe für Betroffene vor Ort – dies könnten drei Säulen linker Kommunalpolitik sein. Unstrittig ist, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die kommunale Selbstverwaltung erweitert werden müssen. Hier waren auch die Thüringer Erfahrungen, insbesondere das Verfassungsgerichtsurteil zum kommunalen Finanzausgleich, Diskussionsgegenstand.

Andererseits gibt es aber auch jetzt schon durchaus finanzielle Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen. Hier wollen DIE LINKEN ansetzen und durch andere Schwerpunktsetzungen soziale Akzente setzen. Es kann aber auch Situationen geben, wo man zunächst erst einmal NEIN sagen muss, ohne gleich eine Alternative parat zu haben. Dies betrifft beispielsweise die Privatisierung von kommunalen Leistungen oder den Verkauf von kommunalem Eigentum. Ohne kommunales Eigentum und ohne kommunale Unternehmen können die Kommunen die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht sachgerecht wahrnehmen.

Breiten Raum nahmen auch die Diskussionen zu den demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ein. DIE LINKE will perspektivisch günstige Möglichkeiten dafür schaffen, dass Bürger sich umfassend in Entscheidungsprozesse einbringen und für ihre Interessen selbst eintreten können. Eine Voraussetzung hierfür ist eine transparente Verwaltung. „Gläserne Rathäuser“ muss es letztlich in allen Kommunen geben.

Die künftigen KommunalpolitikerInnen aus Nordrhein-Westfalen wollen sich in den nächsten Monaten für die neuen Aufgaben fit machen und sich insbesondere weiterbilden. Dabei hoffen sie auf Hilfe und Unterstützung auch aus Thüringen, auch wenn hier 2009 ebenfalls viele Wahlen stattfinden.

Wie wichtig dabei die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sein kann, belegt ein aktuelles Projekt. Im Thüringer Landtag wird zur Zeit über die Einführung der so genannten „Doppik“, also die Einführung der Betriebswirtschaft in den Kommunen, entschieden. In Nordrhein-Westfalen gibt es dieses Haushaltssystem bereits. So hat es sich angeboten, dass die Kommunalpolitiker der LINKEN aus Nordrhein-Westfalen ihre Erfahrungen mit der Doppik den Thüringern vermittelten. Die Stadtratsfraktionen aus Essen und Gelsenkirchen haben hier ihre Doppikerfahrungen den Thüringern zur Verfügung gestellt. Die Erfahrungen besagen, dass die Doppik keinesfalls einen Ausweg aus der kommunalen Finanzkrise bietet. Notwendig ist eine umfassende Finanzreform, die den Kommunen höhere eigene Steuereinnahmen sichert.

01.09.2008